

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 344

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 25. April 2005, 19.00 Uhr
in der Aula Fröschmatt II**

Anwesend	38 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Karin Hess, Strub Dominic
Vorsitz	Fredi Wiesner
Protokoll	Claudia May / Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Ermira Amiti

Geschäftsverzeichnis

1.	Betriebsverein Spitex Pratteln-Augst-Giebenach: Verlängerung Finanzvertrag	2366
2.	Motion der FDP-Fraktion betreffend „Gemeinderat“	2349
3.	Motion der SVP-Fraktion betr. „Blockzeitenreglement“	2363
4.	Quartierplanvorschriften „Geschäftshaus IKEA“ und Quartierplanvorschriften „Media Markt“, 2. Lesung	2346
5.	Quartierplanvorschriften „Gewerbeareal – Grüssen 4“, 1. Lesung	2365
6.	Totalrevision des Reglements über die Hundehaltung (Hundereglement) der Gemeinde Pratteln, 2. Lesung	2136
7.	Fragestunde (nach der Pause)	

Neuer persönlicher Vorstoss:

- Interpellation von Aldo Pavan betr. „Pratteln West oder Pratteln Worst“
-

Beschlüsse
Geschäft Nr. 2326
Betriebsverein Spitex Pratteln-Augst-Giebenach: Verlängerung Finanzvertrag
Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderats vom 12. April 2005

GR Uwe Klein: Der Gemeinderat beantragt den Finanzvertrag des Betriebsvereins Spitex Pratteln, Augst und Giebenach um zwei Jahre zu verlängern. Uns ist bewusst, dass gewisse Unsicherheitsfaktoren bei der Pflegefinanzierung bestehen. Es ist noch nicht ganz klar, was für Auswirkungen die Einführung des neuen Finanzausgleiches (NFA) sowie die generelle Aufgabeüberprüfung des Kantons Baselland (GAP) bewirken. Die Jahresabschlüsse der letzten drei Jahre sowie der Zwischenabschluss 2005 sind sehr positiv ausgefallen. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zu zustimmen.

Stefan Löw: Die FDP Fraktion nimmt mit grosser Freude von den erfolgreichen positiven Jahresabschlüssen Kenntnis. Eine vor drei Jahren noch sehr umstrittene Sache. An dieser Stelle möchten wir sowohl der SPITEX, wie auch all den involvierten Personen, herzlich für die geleistete Arbeit danken. Wir stimmen der Vorlage einstimmig zu und möchten den Vertrag um weitere zwei Jahre verlängern.

Daniela Dürr: Grundsätzlich spricht für uns nichts gegen den Finanzvertrag. Trotzdem möchten wir das Geschäft gerne an den Gemeinderat zurückweisen. Der Gemeinderat soll mit den Gemeinden Augst und Giebenach betreffend eines einjährigen oder zweijährigen Finanzvertrags verhandeln.

GR Max Hippenmeyer: Ich bin ehrlich gesagt über den Rückweisungsantrag erstaunt: Sachlich ist nichts falsch. Der Gemeinderat hat nur gemacht, was er seit mehreren Jahren angekündigt hat und in diesem Rat unwidersprochen zur Kenntnis genommen wurde. Die Gemeindeverwalter von Augst und Giebenach sind informiert worden. Es gab keine ablehnende Reaktion. Der Spitexvorstand wurde an der Delegiertenversammlung ebenfalls informiert. Im Spitexvorstand sitzt je ein Gemeinderatsmitglied von Augst und Giebenach. Es gab auch dort keinen Widerspruch. Seinerzeit wurde die Reorganisation – die übrigens an der kürzlichen GV des SPITEX Fördervereins von der Präsidentin, Brigitte Pavan in ihrem Jahresbericht ausdrücklich als erfolgreiche Sache gelobt wurde – vorgenommen um der SPITEX etwas Spielraum zu geben und eine längerfristige Planung zu ermöglichen. So gesehen kann es doch nicht sein, dass man immer noch nur von Jahr zu Jahr die notwendigen Ressourcen holt. Ich habe den SPITEX Verantwortlichen klar signalisiert, dass wir über den Finanzvertrag reden müssen, wenn vor Ablauf des vorliegenden Vertrags grundlegende Änderungen der Politik erfolgen, was jedoch im Moment nicht so aussieht. Wir lassen die SPITEX nicht hängen, denken jedoch, dass sie die nächsten 2 Jahre jetzt mit diesem Vertrag über die Runden kommen soll und wird.

Rolf Hohler: Auch wir von der SVP Fraktion sind gegen einen Rückweisungsantrag. Wir sind der Meinung, dass der Betriebsverein SPITEX seine Arbeit gut macht. Wir sind für den Antrag des Gemeinderats.

Heinz Schiltknecht: Uns geht es nicht um einen einjährigen oder zweijährigen Vertrag. Die Gemeinde Augst hat den Antrag für ein Jahr gestellt. Wenn wir uns nun für zwei Jahre entscheiden, haben wir zwei Varianten, welche nicht zusammen passen. Wir möchten dem Gemeinderat die Gelegenheit geben, sich noch einmal mit den Gemeinderäten der Gemeinden Giebenach und Augst kurz zu schliessen und abklären, ob diese den Finanzvertrag für ein- oder zwei Jahre bewilligt haben. Wir müssen uns zusammen mit den anderen zwei Gemeinden für eine Variante entscheiden.

GR Max Hippermeyer: Sachlich sind wir uns alle einig. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht einen zwei Jahres Vertrag machen können. Wenn die Gemeindeversammlung etwas anderes beschliesst, nehmen wir den Antrag gerne wieder auf.

Olga Aeberhard: Die CVP-Fraktion ist für den Antrag des Gemeinderates.

Kurt Lanz: Bei diesem Vertrag sind mehrere Parteien involviert - die SPITEX, die Gemeinde Pratteln, die Gemeinde Augst und die Gemeinde Giebenach. Es entspricht nicht meinem Rechtsempfinden, dass zwei Parteien etwas anderes beschliessen. Wir wissen, dass die Gemeinde Augst die Vorlage mit einer einjährigen Frist versendet hat. Wir im Einwohnerrat tagen viel und haben die Gelegenheit auf das Resultat zu warten, damit alle zusammen dasselbe beschliessen. Wir tagen einmal im Monat, die Gemeinden Augst und Giebenach nicht.

Dieter Stohler: Ein Vertrag kann nur mit einem übereinstimmenden Willen zustande kommen. Mit anderen Worten: wenn Pratteln sich für zwei Jahre entscheidet und die Gemeinden Augst und Giebenach sich für ein Jahr, dann geht dies noch einmal in eine Runde. Sei dies in Pratteln oder in Augst und Giebenach. Ich habe die Informationen des Gemeinderates und habe keinen Grund den Antrag zurückzuweisen.

GR Max Hippermeyer: Der Gemeinderat möchte einen Vertrag über zwei Jahre.

Priska Forter: Wir würden zwei Jahre besser finden, aber Augst hat bereits einen einjährigen Vertrag für die Gemeindeversammlung vorgesehen. Warum weisen wir es nicht zurück an den Gemeinderat und warten?

Stefan Löw: Auch an einer Gemeindeversammlung kann man Anträge stellen.

Ruedi Meury: Die Gemeinde Pratteln bezahlt am meisten und hat auch das Sagen.

://: Der Rückweisungsantrag wird mit 26:8 Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen:

://: Der bestehende Finanzvertrag 2005 mit einem jährlichen Pauschalbeitrag von CHF 500'000.— wird um zwei Jahre bis zum 31.12.2007 verlängert.

Aktenhinweis:

- Antrag der FDP- Fraktion vom 25. Oktober 2004

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat hat das Thema beraten. Wir müssten die Aufgaben anders verteilen. Auch auf der Verwaltung müssten gewisse Abteilungen besser positioniert werden. Ob wir effizienter sind im 5er oder 7er Kollegium, sei dahin gestellt. Ich denke, es kommt immer noch darauf an, wer zusammen sitzt und wie man miteinander auskommt. Sind wir wirklich effizienter bei einem kleineren Kollegium? Eine Verkleinerung wird eine Verstärkung der Verwaltung mit sich bringen. Man sollte auch an die parteipolitische Zusammensetzung denken. Der Gemeinderat führt und lässt nicht verwalten. Liestal hat mit einer Verkleinerung angefangen. Ob sie damit glücklich sind, weiss ich nicht. Der finanzielle Aspekt kann man weg lassen. Es kann nicht sein, dass 5 Gemeinderäte mit demselben Pensum, die Arbeit von sieben erledigen. Es muss genügend Zeit vorhanden sein, so dass die 5 Gemeinderäte sich den Aufgaben widmen können. Von der Anzahl der Departemente würde es ganz sicher etwas besser sein und die Schnittstellen würden reduziert. Für den Gemeinderat ist es im Nebenamt eine schwierige Aufgabe. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion erheblich zu erklären.

Dieter Stohler: Es geht bei dieser Motion bekanntlich um die Verkleinerung des Gemeinderates von 7 auf 5 Mitglieder. Wir haben die Motion nicht einfach aus dem hohlen Bauch aus gestartet, sondern nach Gesprächen mit verschiedenen Kolleginnen und Kollegen, die die Idee einer Verkleinerung des Gemeinderates prüfenswert finden. Prüfenswert für Pratteln, nachdem einige andere Gemeinden des Baselbiets, ja der ganzen Schweiz die Zahl von 5 Exekutivmitgliedern kennen. Und nicht nur Gemeinden, auch Kantone kennen dies, so auch unser Kanton, u.a. aber auch unsere Nachbarkantone Solothurn und Aargau. Vor kurzem hat auch der Kanton Luzern zu 5 Mitgliedern gewechselt. Wenn also viele immer wieder davon gesprochen haben und sagten „man sollte doch...“, haben wir uns gesagt, dass es wohl an uns ist, einen diesbezüglichen Vorstoss zu unternehmen. Denn so sicher ist es bei keiner anderen Partei als der FDP, dass sie bei einem Fünfergremium weniger Gemeinderatsitze als heute haben wird. Wir haben die Motion, wie wir das eigentlich immer machen, bereits mit einer ausführlichen Begründung versehen, damit die Argumente transparent auf dem Tisch liegen. Unsere Kernaussagen möchte ich doch jetzt, anlässlich der Behandlung dieser Motion, zu Händen des Protokolls und auch der Öffentlichkeit nochmals klar machen: 1. In sachlicher Hinsicht spricht vieles für 5 Gemeinderäte: Fakt ist, dass die Verwaltung von Pratteln aus fünf Abteilungen besteht. Die heutige Aufgabenverteilung der 7 Gemeinderatsmitglieder ist unübersichtlich und ineffizient; es gibt viele Überschneidungen und – zumindest nach aussen hin – unklare Kompetenzzuteilungen. Der Gemeinderat ist ein strategisches Führungsorgan, wozu 5 Personen, wie die vielen Beispiele zeigen, ausreichen. Die Zahl von 5 Gemeinderäten macht deshalb Sinn und vereinfacht verschiedenes. Die Kostenfrage steht dabei auch für uns nicht im Vordergrund. Immerhin kann gesagt werden, dass die Verkleinerung des Gemeinderates sicher nicht zu Mehrkosten führen wird, eher dürfte das Gegenteil der Fall sein. 2. Zum Zeitpunkt der Motion: Wir schreiben in der Motionsbegründung, dass mit Rücktritten im Gemeinderat zu rechnen sei. Dazu halten wir der guten Ordnung halber fest, dass wir keine Umfrage unter den Gemeinderatsmitgliedern gemacht haben. Wir wollen nicht auf diesem Weg jemand quasi stillschweigend zum Rücktritt auffordern. Wenn wir aufgrund der Amtsjahre den Zeitpunkt als relativ günstig betrachtet haben, dann kann dies personelle Friktionen natürlich nicht ausschliessen. Und wenn es eine Abwahl geben würde, dann ist das in der Demokratie hinzunehmen. Wie die aktuellen Vorkommnisse in Solothurn zeigen, gibt es Abwahlen auch ohne Verkleinerung des Gremiums. Da wir bei vielen Änderungen und Fortschritten, die wir erzielen wollen, Friktionen nicht grundsätzlich ausschliessen können, ersuche ich den Einwohnerrat somit um eine sachbezogene Diskussion. Würde sich eine Fraktion davon leiten lassen, welchen Einfluss die Partei im Gemeinderat mit und ohne Verkleinerung spielen könnte, dann würde sie nicht sachgerecht handeln. Man

muss – gerade bei einem solchen Geschäft – das Gesamtinteresse für Pratteln und nicht das Parteiinteresse in den Vordergrund stellen. Der Gemeinderat macht dies offensichtlich. Ich bin froh über die positive Haltung des Gemeinderates zur Motion. Ich kann zu dieser Haltung eigentlich nur gratulieren, wenn der Gemeinderat selbst zu seiner Verkleinerung ja sagt. Dies zeugt von Grösse und Einsatz im Interesse der Sache. Wie der Gemeindepräsident ausführte, ist ein Umdenken erforderlich. Der Gemeinderat hat sich offenbar bemüht, Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen. Der Gemeindepräsident hat ausgeführt, dass ein grösserer Gemeinderat politisch breiter abgestützt sei. Dazu ist zu sagen, dass es sich bei den Gemeinderatswahlen um Majorzwahlen, um Persönlichkeitswahlen handelt, wo die Parteizugehörigkeit nicht eine derart zentrale Rolle spielt. Ein kleinerer Gemeinderat muss dann wohl mehr Aufgaben an die Verwaltung delegieren und sich vorwiegend um strategische Fragen kümmern. Es wurde deshalb gesagt, die Verwaltung werde gestärkt. Ist dies denn ein Nachteil? Ich habe ein Interesse an einer starken Verwaltung, die ihre Aufgaben richtig erfüllt. Welche Aufgaben der Verwaltung zugewiesen werden, entscheidet sich nicht an der Anzahl Gemeinderatssitze, sondern an den primär vom Einwohnerrat in den Reglementen definierten Aufgaben. Jetzt ist die Gelegenheit günstig, wir befinden uns jetzt nicht im Gemeinderatswahlkampf. Ich bitte Sie, um Zustimmung zur Motion, sodass die weiteren Arbeiten „in aller Ruhe“ an die Hand genommen werden können und schlussendlich das Volk über eine Änderung der GO abstimmen kann. Ich danke Ihnen für die Unterstützung und ersuche Sie, die Motion für erheblich zu erklären.

Kurt Lanz: Ich bin mit Dieter Stohler nicht ganz einig. Ich gehe davon aus, dass die Aufgaben zunehmen werden. Mir ist eine breite Abstützung in diesem Gremium, welches auch Entscheide fällt, wichtig. Wie effizient der Gemeinderat arbeitet, hängt von den zuständigen Personen ab. Mit 5 Leuten ist die aufgewendete Zeit für jeden einzelnen viel grösser und da wir kein Berufsparlament sind, ist es cleverer die ganze Arbeit auf die sieben Gemeinderäte zu verteilen. Wenn die Diskussion lautet „häufig sind zu den Sachgeschäften auch mehrere Departemente betroffen“, ist das Problem die Schnittstellen. Ich denke diese Probleme werden wir mit einer Reduktion nicht lösen. Wir als Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen erteilen dem Gemeinderat den Auftrag und der Gemeinderat schaut, dass dieser Auftrag von der Verwaltung erledigt wird. Deshalb sind mir persönlich 7 Gemeinderäte recht. Ich bitte sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Mike Wahli: Wir von der SVP Fraktion können den Antrag der FDP Fraktion nachvollziehen, aber können die Motion so nicht unterstützen. Wir wären für eine Umwandlung der Motion in ein Postulat.

Stephan Ackermann: Wir konnten uns nicht wirklich festlegen und waren auf die Argumente von heute Abend gespannt. Der Zeitaspekt muss genau analysiert werden. Ansonsten scheitert es daran, dass keine Leute mehr auffindbar sind, welche das Amt in Ihrer Freizeit bewältigen können. Es soll nicht so sein, dass im Gemeinderat nur Frühpensionierte oder Pensionierte sitzen können.

Ruedi Meury: Es ist nicht so wichtig ob 5 oder 7 Gemeinderäte im Amt sind. Viel wichtiger ist deren Kompetenz. Wir würden die Umwandlung in ein Postulat unterstützen. Es ist eine unverbindliche Form. Das Milizsystem nimmt zu. Finden wir dann noch Kandidaten?

Mandana Roozpeikar: Wir von den Grünen und Unabhängigen haben eher gemischte Gefühle. Das grössere Arbeitspensum des Gemeinderates finden wir nicht sehr gut und wir sind auch der Meinung, dass wir bei einer Reduktion der Gemeinderäte nicht sparen werden. Die Arbeit muss erledigt werden und somit muss die Gemeindeverwaltung mehr Arbeit leisten. Ein Pluspunkt für die Motion wäre die Effizienz. Man kann etwas besser analysieren und man könnte die 5 Departemente fix verteilen. Es

wäre nicht mehr personenabhängig. Wie wir abstimmen werden, wissen wir im Moment noch nicht genau, jedoch ein Postulat würden wir befürworten.

Stefan Löw: Die Struktur in der Verwaltung ist sich seit zehn Jahren am Wandeln und Entwickeln. Dieser Wandel ist heute sehr weit fortgeschritten. Deshalb liegt es am Gemeinderat dem Wandel zu folgen und sich auf die fünf Abteilungen zu reduzieren. Jeder Abteilung wird ein Gemeinderat zugewiesen. Mit der Zeit entwickelt sich eine Synergie. Ich bitte sie, diese Motion als erheblich zu erklären.

Kurt Lanz: Wenn ich als Mitglied einer Kommission Bezug auf diese Studie nehme, dann bin ich auch bereit an einem Ziel, welches der Rat bestimmt hat, mitzumachen. Als Einwohnerrat kann ich die Reduktion der Anzahl Gemeinderäte nicht unterstützen. Für mich ist diese Studie eine relative Angelegenheit und ich muss diese nicht verfolgen.

GR Max Hippenmeyer: Ich möchte mich für die von ihnen gemachten Sorgen über unser Wohlergehen bedanken. Die Gründe über Pro und Contra sind grösstenteils erwähnt worden, ich verzichte auf eine Wiederholung. Mir gibt vielmehr folgendes zu denken: Das Volk hat in dieser Sache das letzte Wort, also lassen wir doch das Volk entscheiden. Mit welcher Begründung wollen hier Volksvertreter eine wichtige Frage einfach unter den Tisch kehren, indem die Motion nicht überwiesen wird? Hat der Souverän sie in den Einwohnerrat gewählt, damit sie sich unendlich mit Fragen ob der Hundekot im Wald liegen bleiben darf oder nicht beschäftigen oder ob es nicht auch Aufgabe dieses Rates wäre, zukunftsweisende Fragen ernsthaft zu diskutieren? Alle reden gerne von Vorwärtskommen, Stichwörter wie Globalbudgets, Verwaltungsreform, Überprüfung von Dienstleistungen und so weiter macht auch hier im Saal die Runde und dann ist man nicht bereit diese Motion zu überweisen. Warum eigentlich? Aus parteipolitischen Überlegungen oder aus Angst Einfluss zu verlieren? Bei einer Majorzwahl kommt es in erster Linie immer noch auf die Person an und nicht auf das Parteibuch. Unzählige Beispiele belegen das. Ich begreife das nicht und muss einmal mehr den Kopf schütteln. Aber vielleicht täusche ich mich ja auch. Vielleicht gibt sich der Nein-Sager einen kleinen Schub und springt trotz Fraktionsbeschluss über den eigenen Schatten. Ich bin überzeugt, Eure Wähler würden das zu schätzen wissen und meiner Partei notabene, den Weg über eine Volksinitiative ersparen.

Dieter Stohler: Es wurden ein paar Gegenargumente ausgesprochen, welche ich gar nicht wahrgenommen habe. Es ist richtig, dass man die angesprochenen Schnittstellenprobleme grundsätzlich nicht lösen kann, jedoch bei 5 Gemeinderäten gibt es sicher einige Schnittstellenprobleme weniger. Die jetzige Belastung der Gemeinderäte und Gemeinderätinnen ist auch nicht etwas, das man locker in der Freizeit macht. Zum Anliegen der SVP-Fraktion, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, habe ich kein Verständnis. Ein Postulat heisst prüfen und berichten. Entweder man ist für die Motion oder dagegen. Habt etwas Mut für eine Veränderung. Ich bitte sie, zu der Motion ja zuzusagen.

Urs Hess: Wenn wir im Rat ein Postulat möchten und keine Motion, dann ist das sehr wohl möglich. Es ist prüfungswert die Anliegen anzuschauen und zu diskutieren, jedoch sollte es nicht verbindlich sein. Der Gemeinderat soll es zu erst einmal prüfen und danach dem Einwohnerrat berichten. Deshalb befürworte ich ein Postulat.

Christine Von Arx: Ich gebe Dieter Stohler recht, dass es nicht viel Sinn macht, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Tatsächlich ist es so, dass man für oder gegen die Motion ist. Warum sollten 5 Gemeinderäte besser als 7 sein? Man kann doch sagen: Je mehr Gemeinderäte wir haben, umso fundierter kann ein Problem angeschaut werden. Ich bitte sie, die Motion abzuweisen.

Ruedi Meury: Ich bin derselben Meinung. Entweder man ist für oder gegen eine Motion. Wir werden sie nicht unterstützen. Das Argument, das Volk soll bestimmen hat mich überzeugt.

Stephan Ackermann: Die Departementverteilung der Gemeinderäte ist für mich viel zentraler als die Frage 5 oder 7 Gemeinderäte.

Stefan Löw: Es gibt gar kein Argument, warum man die Motion nicht richtig ausarbeitet und sie dann vor das Volk bringt.

Der Einwohnerrat beschliesst mit 18 : 16 Stimmen und 2 Enthaltungen:

://: Die Motion Nr. 2349 wird nicht erheblich erklärt.

Geschäft Nr. 2363

Motion der SVP betr. „Blockzeitenreglement“

Aktenhinweis:

- Antrag der SVP- Fraktion vom 28. Januar 2005

GR Elisabeth Schiltknecht: Ich bitte sie, die Motion nicht zu überweisen. Es braucht kein Reglement.

Nadia Maurer: Die Fraktion der Grünen und Unabhängigen ist klar dagegen, die Motion für erheblich zu erklären. Wir sind für die Einführung der Blockzeiten im Kindergarten. Die Motion der SVP Fraktion verlangt ein Reglement, in welchem verkürzte Blockzeiten im Kindergarten definiert werden. Die Begründung ist zu wenig fundiert. Vier Stunden Kindergarten am Morgen sind für die Kinder weder zu lange, noch entspricht es ihren Bedürfnissen. Das Gegenteil ist der Fall. Ein Kind kann lange und ausdauernd an einem Spielort verweilen. Meine Ausführungen sind nicht Behauptungen, sondern tägliche Erfahrungen als Kindergärtnerin in einer anderen Gemeinde, welche die Blockzeiten bereits eingeführt hat. Ich bitte sie, den Gemeinderat nicht zu beauftragen ein Blockzeitenreglement zu schaffen. Wir möchten zu einer fortschrittlichen Schule beitragen. Eine Gesamtschule soll auf beiden Unterrichtsstufen einheitliche Unterrichtszeiten anbieten.

Daniela Berger: Die SP Fraktion ist der Meinung, dass die Motion der SVP Fraktion zurückgezogen werden soll. An der Einwohnerratssitzung vom März wurden umfassende Blockzeiten intensiv diskutiert und knapp angenommen. Die SVP Fraktion hätte das Behördenreferendum ergreifen können. Wir sind der Meinung, dass es heute keinen Sinn macht, sich noch einmal mit dieser Thematik zu beschäftigen. Wir bitten sie, die Motion für nicht erheblich zu erklären.

Urs Schneider: Selbstverständlich werden wir die Motion nicht zurückziehen. Ihr habt die Möglichkeit sie abzulehnen. Mit dieser Motion wollen wir nicht die Blockzeiten bekämpfen, sondern effektiv nur die Blockzeiten den Bedürfnissen der Gemeinde und den Kindern, sowie dem finanziellen Gesichtspunkt anpassen. Ich bitte Sie, im Namen der SVP Fraktion die Motion zu überweisen.

Brigitte Frei: Wir von der FDP Fraktion sind einstimmig für die Erheblicherklärung. Wir wollen für die Gemeinde familienattraktiv sein. Attraktivität hat auch mit der finan-

ziellen Lage der Gemeinde zu tun. Eine saubere Abklärung ist nötig. Wir wollen, dass der Unterricht den Kindern und nicht den Kindergärtnerinnen angepasst wird.

GR Elisabeth Schiltknecht: Ich bitte Sie, die Motion nicht erheblich zu erklären. Es ist nicht der Gemeinderat und auch nicht der Einwohnerrat, welcher die Blockzeiten festlegt. Das Gesetz schreibt auch Blockzeiten von 4 Stunden am Morgen im Kindergarten vor. Es geht nur um die Nachmittage. Ihr habt am 21. März 2005 für umfassende Blockzeiten gestimmt. Es gibt nichts mehr zu diskutieren und es braucht auch kein Reglement mehr.

Der Einwohnerrat beschliesst mit 19 : 19 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten:

://: Die Motion Nr. 2363 wird erheblich erklärt.

Geschäft Nr. 2346

Quartierplanvorschriften „Geschäftshaus IKEA“ und Quartierplanvorschriften „Media Markt“

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 19. Oktober 2004
- Bericht der Bau- und Planungskommission vom 1. März 2005

Heinz Schiltknecht: Die Erschliessungsbeiträge, welche erhoben werden können, stützen sich auf §19 des Strassengesetzes ab, in welchem folgendes steht: § 19 Bauten und Anlagen mit starker Verkehrserzeugung. 1. Wird die Kapazität des kantonalen Strassennetzes durch das Verkehrsaufkommen grosser Neubauten und Anlagen sowie neuer Nutzungsarten über das normale Mass beansprucht, erlässt der Regierungsrat Vorschriften über die zweckmässige Erschliessung. Er regelt aufgrund der übermässigen Beanspruchung des Strassennetzes die Kostentragung Dritter. 2. Den Gemeinden steht das gleiche Recht für ihr Strassennetz zu. Dies heisst für mich: Der Kanton kann Beiträge für seine Strassen erheben sowie die Gemeinden. Wie liest man nun den in allen Quartierplanreglementen erwähnten Passus: Der Beitrag à fonds perdu an den Gemeindeanteil für die periphere Entlastungsererschliessung des xxx-Areals? Gilt dieser Beitrag nun ausschliesslich für Gemeindestrassen oder allenfalls auch für den Beitrag der Gemeinde an den Kanton, für die Erstellung von Kantonstrassen? Für das Erste gibt es eine klare gesetzliche Grundlage (§19 Abs. 2) nicht aber für das Zweite. Gebaut werden viele Kreisel auf einer Kantonsstrasse. Der Kanton baut und stellt Rechnung. Pratteln will mit diesen Sonderbeiträgen seinen Anteil an die Kantonsstrasse bezahlen. Der Kanton hat ebenso wenig Geld wie die Gemeinde Pratteln. Der Kanton könnte nun auf die Idee kommen, diese Beiträge von der Gemeinde zur Hälfte oder ganz als seine Beiträge einzufordern. Er hat eine Rechtsgrundlage – Pratteln nicht. Ich frage daher den Gemeinderat: Wurde dies rechtsverbindlich abgeklärt? Falls die Gemeinde eine rechtsverbindliche Zusage vom Kanton hat, ist alles in Ordnung. Falls dem nicht so ist, bitte ich den Gemeinderat, dies umgehend nachzuholen.

GP Beat Stingelin: Ich habe es abgeklärt und schriftlich vom Rechtsdienst des Departements Strassen und Bau, dass der Kanton kein Regress nimmt auf Sonderbeiträge, welche wir erhoben haben. Wir hatten noch keine Sitzung darüber geführt und werden auch zu diesem Thema keine führen.

2. Lesung:

Kein Wortbegehren

Rös Graf: Im Quartierplan heisst es, dass man die Vorschriften in zwei Phasen behandeln würde. Ich denke, diesen Punkt muss man richtig stellen. Ich stelle den Antrag den Satz wie folgt zu ändern: Im Gebiet „Pratteln Mitte“ werden die Quartierpläne in weiteren Phasen behandelt“. Das Gesamtpaket soll wieder auf fünf geändert werden.

Ruedi Brassel: Der Punkt 4.1 ist unerheblich und für die Abstimmung irrelevant. Viel bedeutungsvoller ist der Punkt 4.2. Ich beantrage die drei Quartierpläne nicht in einem Antrag, sondern in drei Anträge umzumünzen.

Urs Hess: Wir sind mit dem Änderungsvorschlag unter Punkt 4.1 von Rös Graf einverstanden. Wir waren in der Kommission der Auffassung, die drei Quartierpläne unter einmal abzustimmen. Ich gebe jedoch Ruedi Brassel recht.

Rös Graf: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Kurt Lanz: Ich stelle den Antrag den Punkt 4.1 zu streichen.

://: Der Antrag von Kurt Lanz wird grossmehrheitlich angenommen.

://: Der Antrag von Ruedi Brassel wird einstimmig angenommen.

Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen:

://: 1. Der Einwohnerrat stimmt den QP-Vorschriften „Geschäftshaus IKEA“ inklusive der Option Freizeit / Kino und den QP-Vorschriften „Media Markt“ zu und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens.

Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

://: 2. Die Auflagen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) des Geschäftshauses IKEA vom 30.9.03 werden für verbindlich erklärt und gelten als Bestandteil des QP-Reglementes Geschäftshaus IKEA.

3. Die Ergebnisse resp. die Massnahmen seitens der Bauherrschaften (Tabelle 8.1-1) in der Gesamtbetrachtung der Umweltauswirkungen (Verkehr, Luft, Lärm) vom 5.12.03 werden für verbindlich erklärt und gelten als Bestandteil der QP-Reglemente Geschäftshaus IKEA und Media Markt.

4. Im Zusammenhang mit den QP-Vorschriften stimmt der Einwohnerrat folgendem Knotenausbaue zu: Kreisel Grüssenweg – Direkterschliessung. Die Finanzierung erfolgt über die Vorfinanzierung mittels Sonderbeitrag. Der Gemeinderat wird mit der Ausarbeitung des entsprechenden Bau- und Strassenlinienplanes beauftragt.

Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 5. Für die generelle Bewirtschaftung der Parkplätze auf Gemeindeebene ist eine Rechtsgrundlage auszuarbeiten.

Geschäft Nr. 2365**Quartierplanvorschriften „Gewerbeareal – Grüssen 4“**Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 15. März 2005

Rös Graf: Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf den Quartierplan Grüssen 4. Es ist allerdings ein eher lustloses Eintreten. Einige von unserer Fraktion, werden sich enthalten. Wir wissen, dass wir das Rad der Zeit - in der Planung Pratteln Mitte, nicht zurückdrehen können; letztlich wird sowieso der Markt entscheiden. Es soll beim Quartierplan Grüssen 4, 5400 m2 Verkaufsfläche für den nicht täglichen Bedarf gebe, 5800 m2 für Ausstellungsflächen, 300 Parkplätze und wenige Veloparkplätze. Wir wissen aber nicht, was ausgestellt und verkauft wird. Wir haben soeben den beiden Quartierplänen Ikea und Media Markt zugestimmt. Nachdem in der BPK geklärt wurde, wer wie viel für die geplanten Kreisel bezahlt und wann sie voraussichtlich erstellt werden. Wir haben auch die Gesamtbetrachtung von den Umweltauswirkungen, Verkehr, Luft und Lärm zur Kenntnis genommen. Diese Berichte beinhalten alle fünf Quartierpläne in Pratteln Mitte, und damit auch im Grüssen 4. Diese Berichte sagen aus, dass die Umweltbestimmungen bezüglich Luft und Lärm, gerade noch eingehalten werden können. Wenn die vorgeschlagenen Massnahmen realisiert werden wie z.B. Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Parkplatzbewirtschaftung, Parkleitsystem usw. In diesen Umweltberichten Pratteln Mitte, sind jedoch die Auswirkungen von den Luftschadstoffen der Autobahn nicht eingerechnet. Bezüglich Verkehr: da sollen die geplanten Kreisel den Autoverkehr verflüssigen, aber nach der Realisierung der Bauprojekte auf allen 5 vorgesehenen Quartierplänen, sind unserer Strassen dann endgültig voll. Und wir müssen aufpassen, dass wir morgens noch aus Pratteln heraus und abends nach Hause kommen. Ausser wir verzichten aufs Auto und fahren per Velo, Tram oder SBB zur Arbeit. Unter dem Aspekt der Gleichbehandlung, werden wir wohl oder übel, auf den Quartierplan Grüssen eintreten müssen. Die SP wird aber in Zukunft für so gigantische Projekte, wie in den letzten Wochen für Pratteln West vorgeschlagen worden sind, wohl kaum mehr Hand bieten.

Siegfried Siegrist: Die BPK hat bei den soeben verabschiedenden Quartierplänen, sehr gute Arbeit geleistet. Wir von der FDP sind der Meinung auf das Geschäft einzutreten. Wir behalten uns jedoch vor, das Geschäft allenfalls an die BPK zu überweisen.

://: Eintreten und Direktberatung werden grossmehrheitlich gegen 4 Stimmen angenommen.

1. Lesung:Ziffer 5.3

Petra Ramseier: Beim Punkt 5.3 stelle ich den Antrag, den Betrieb des Shuttlebusses so lange aufrecht zu erhalten, bis die neue Busstation im Zentrum des Grüssen Quartiers in Betrieb genommen wird.

Rös Graf: Beim Punkt 5.3 stelle ich den Antrag, dass beim Satz „Der freizuhaltende unterirdische Raum für das öV-Trasse...“ das Wort „kann“ in „muss“ abgeändert wird. Für das öV-Trasse ist der Kanton zuständig und deshalb sind wir der Meinung, dass dies nicht von den Sonderbeiträgen bezahlt werden soll. Wir bitten auf die zweite Lesung, dies rechtlich richtig zu formulieren.

Urs Hess: Der Antrag von Petra Ramseier sollte man ablehnen. Es würde Sinn machen, denselben Wortlaut wie beim Quartierplan Ikea/Media Markt zu finden.

GP Beat Stingelin: Zum Antrag von Petra Ramseier muss man sich überlegen, wo das Zentrum von der Bushaltstellen ist. Momentan wäre dies im Grüssen, jedoch beim Ausbau des Planzer Areals wäre das Zentrum die Salinenstrasse. Ich bin der Meinung, dass es richtig wäre, den Satz „.... Und wird aus dem Fonds für Sonderbeiträge gemäss Ziffer 5.4 abgegolten“ zu streichen. Es kann nicht sein, dass wir den Raum mit den Sonderbeiträgen zahlen müssen.

://: Der Antrag von Petra Ramseier wird mit 19 : 15 Stimmen abgelehnt.

://: Die Streichung des Satzes „.... und wird aus dem Fonds für Sonderbeiträge gemäss Ziffer 5.4 abgegolten“ wird einstimmig angenommen.

://: Der Antrag von Rös Graf, das Wort „kann“ mit „muss“ zu ersetzen wird einstimmig angenommen.

Priska Forter: Ich möchte allgemein darauf hinweisen, dass wir heute Abend einen Quartierplan nach dem andern genehmigen. Bei allen Quartierplänen wird erwähnt, dass der Luftemissionswert deutlich überschritten ist.

Ziffer 5.4 Abs. 3

Petra Ramseier: Ich stelle den Antrag zur Ergänzung am Schluss des ersten Abschnittes: „oder für die Verbesserung der Fussverbindung vom Bahnhof ins Grüssenquartier“.

GP Beat Stingelin: Ist dies etwas Ähnliches wie wir im Raurica Nova haben? Dort ist der Nordausgang ja schon miteinbezogen.

Urs Baumann: Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen. Ich weiss nicht was man da noch verbessern kann.

Urs Hess: Es geht hier lediglich um eine Aufzählung.

Ruedi Brassel: Ich möchte für den Antrag von Petra Ramseier plädieren. Es ist eine Aufzählung. Es geht ja nur darum, dass etwas eingesetzt werden kann.

Dieter Stohler: Man muss sich bewusst sein, dass wir von Entlastungsmöglichkeiten des privaten und öffentlichen Verkehrs reden. Ich weiss nicht, ob ein Fussweg zum privaten Verkehr gehört, dies muss abgeklärt werden. Wenn der Fussweg nicht dazu gehört, bitte ich um eine andere Formulierung.

GR Rolf Wehrli: Wir reden von einer Aufzählung.

Petra Ramseier: Es ist eine Aufzählung, jedoch sollte es zu Gunsten der Fussgänger aufgenommen werden.

Ruedi Meury: Ich sehe es ähnlich. Hier steht zweckgebunden und wenn von einem Gehweg nichts erwähnt ist, dann wird hier auch kein Beitrag geleistet.

Heinz Schiltknecht: Wir reden von privatem und öffentlichem Verkehr. Ich bitte Petra Ramseier auf die zweite Lesung eine andere Formulierung zu finden. Dann kann ich problemlos zustimmen.

GP Beat Stingelin: Wir müssen sorgfältig überlegen was wir machen. Wir schreiben etwas in den Quartierplan, welches am Schluss nicht richtig ist.

Heinz Schiltknecht: Entweder wir streichen die ganze Aufzählung. Dann wäre der Quartierplan analog zum Quartierplan Ikea/Media Markt oder wir haben eine Aufzählung, welche alles umfasst.

GR Rolf Wehrli: Wir können die Aufzählung streichen.

Petra Ramseier: Ich überlege mir die ganze Sache noch einmal auf die zweite Lesung und ziehe meinen Antrag zurück.

Ziffer 6.7

Petra Ramseier: Ich stelle den Antrag um Ergänzung: Ziffer 6.7 „Die „Grüssen Immobilien AG“ verpflichtet sich, in ihrem Parkhaus eine Parkbewirtschaftung einzuführen. Ein Teil der Einnahmen (der mit dem Gemeinderat zusammen festzulegen ist) fliesst an die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs im Grüssenareal“.

Stefan Löw: Zur Einhaltung der Rechtsgleichheit wird dies sehr problematisch.

Urs Baumann: Dieser Antrag macht keinen Sinn. Ich bitte sie, den Antrag abzulehnen.

GR Rolf Wehrli: Es wird schwierig sein, diesen Antrag rechtlich durchzusetzen.

://: Der Antrag von Petra Ramseier wird mit 20 : 8 Stimmen abgelehnt.

Ziffer 6.6

Stefan Löw: Durch den zunehmenden Verkehr, welchen wir dort erwarten werden, wäre es sinnvoll zu wissen, ob bei der Einfahrt Grüssen genügend Parkplätze zur Verfügung stehen. Ich bitte den Gemeinderat, dies abzuklären.

GP Beat Stingelin: Ich kann dies unterstützen. Parkplätze müssen nicht erst bei der Einfahrt Grüssen vorhanden sein, sondern schon viel früher. Es bringt nichts, wenn man dort einfährt und sieht, dass es voll ist. Ich möchte es jedoch nicht im Quartierplan erwähnt haben.

Geschäft Nr. 2136

Totalrevision des Reglements über die Hundehaltung (Hundereglement) der Gemeinde Pratteln, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 4. November 2004
- Reglement über die Hundehaltung (Fassung nach 1. Lesung)

Urs Hess: Heinz Schiltknecht schlägt eine umfangreiche Änderung vor. Ich möchte gerne vorschlagen, dass Herr Schiltknecht seine Änderungen erläutert und beantrage die Verhandlung zu vertagen.

Ruedi Meury: Betreffend der Handhabung hätte ich gerne eine Antwort des Gemeinderates. Wie soll man das Reglement konkret umsetzen? Die Reglemente in den umliegenden Gemeinden sind nicht dieselben. In Muttens zum Beispiel muss der Hund im Wald nicht an der Leine geführt werden, in Pratteln jedoch schon. Es gibt mehrere solcher Beispiele. Am liebsten wäre mir, das ganze Gesetz zu vergessen und das Kantonsgesetz anzuwenden.

Heinz Schiltknecht: Für mich ist es relevant, dass ein Reglement gut durchdacht ist. Ich stelle den Antrag das Geschäft an eine 3er Kommission zu überweisen.

Stephan Ackermann: Ich finde den Vorschlag von Urs Hess gut, die Anträge zur Kenntnis zu nehmen und das nächste Mal in den Fraktionen zu besprechen.

Urs Hess: Kommissionsberatung finde ich nicht schlecht, jedoch stelle ich den Antrag das Geschäft an eine 5er Kommission zu überweisen.

Dieter Stohler: Ich kann diesem Antrag nicht zustimmen.

Heinz Schiltknecht: Ich ziehe den Antrag zurück.

://: Der Antrag von Urs Hess das Geschäft an eine 5er Kommission zu überweisen, wird grossmehrheitlich gegen 8 Stimmen abgelehnt.

://: Der Antrag von Urs Hess, das Geschäft auf die nächste Sitzung zu verschieben wird einstimmig angenommen.

Die Sitzung wurde um 21.45 Uhr beendet.

Pratteln, 12. Mai 2005

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Die Stv.-Sekretärin

Fredi Wiesner Claudia May